

türkei infodienst

NR. 77

ERSCHEINT 14-TÄGIG

12. MÄRZ 1984

Menschenrechte

a) HINRICHTUNGEN

Seit dem 12.09.1980 wurden in der Türkei 48 Menschen hingerichtet (darunter 25 politische Täter).

b) TODESSTRAFEN

26.02.84	Yakut Benek	in Hakkari (Zivilgericht)
23.02.84	Mustafa Alpay	in Izmir
23.02.84	Cengiz Ceylan	in Izmir
23.03.84	Murat Görmez	in Izmir

Hier handelt es sich um den Prozeß gegen die Idealistenvereinigungen aus Izmir (also rechte Täter).

Die Zahl der seit dem 12.09.1980 verhängten Todesstrafen beträgt somit 297.

c) ANTRÄGE AUF TODESSTRAFE

Vor den Gerichten der Türkei wurden seit dem 12.09.80 in 5.887 Fällen Anträge auf Todesstrafe gestellt.

d) PROZESSE

Hürriyet vom 26.02.1984

Neues Verfahren gegen 20 Mitglieder von Maden-Is

Die Militärstaatsanwaltschaft von Istanbul hat in einer Zusatzanklageschrift die Eröffnung des Verfahrens gegen 20 weitere Gewerkschafter von Maden-Is, die der DISK angeschlossen ist, beantragt. Den Angeklagten wird vorgeworfen, eine legale Gewerkschaft in eine illegale Organisation verwandelt zu haben. Dafür sollen sie Strafen zwischen 10 und 20 Jahren erhalten.

Cumhuriyet vom 28.02.1984

Verfahren vor dem Abschluß

Vor dem Militärgericht Nr. 2 in Malatya geht der Prozeß gegen 177 Angehörige der Idealistenvereinigungen zu Ende. Die Militärstaatsanwaltschaft forderte in ihrem Plädoyer in 12 Fällen die Todesstrafe, 126 Angeklagte sollen zu Haftstrafen zwischen 2 und 24 Jahren verurteilt werden. Vor dem Militärgericht in Izmir ging unterdessen der Dev-Yol Prozeß für 55 Angeklagte aus Denizli weiter. Hier fordert die Militärstaatsanwaltschaft für einen Angeklagten die Todesstrafe, 5 Angeklagte sollen zu lebenslänglicher Haft verurteilt werden, während 34 weitere Angeklagte Strafen zwischen 1 und 15 Jahren erhalten sollen.

Cumhuriyet vom 28.02.1984

Ilicak und Iter mußten bei der Staatsanwaltschaft aussagen

Der Chefredakteur Aydogdu Iter und die Kolumnistin Nazli Ilicak mußten bei der Militärstaatsanwaltschaft

von Istanbul eine Aussage machen. Grund dafür war ein Artikel von Nazli Ilicak in der Zeitung Tercüman am 16. Februar 1984 mit der Überschrift 'Avci: Ihr kennt uns'. Das Ermittlungsverfahren wurde aufgrund von § 1/a des Gesetzes mit der Nummer 2969 eröffnet. Dieser Paragraph enthält den Vorwurf des Aufstachelns einer politischen Auseinandersetzung.

Milliyet vom 29.02.1984

Das ÜGD-Verfahren von Izmir endete mit drei Todesurteilen

Das Verfahren gegen 37 Angeklagte der Idealistenvereinigung und des Vereines der idealistischen Arbeiter aus Izmir ging vor dem Militärgericht in Izmir zu Ende. 3 Angeklagte wurden zum Tode verurteilt, ein Angeklagter erhielt eine lebenslängliche Haftstrafe und 28 Angeklagte wurden zu Haftstrafen zwischen sieben und 36 Jahren verurteilt. 5 Angeklagte wurden freigesprochen.

Tercüman vom 27.02.1984

Filmaufführung von 'Frühling in Hakkari' wurde untersagt

Die Sondervorführung des Filmes 'Frühling in Hakkari' durch das türkisch-deutsche Kulturinstitut in Istanbul wurde verboten. Das Verbot wurde den Verantwortlichen vor der Vorführung zugestellt. In dem Film wurde an einigen Stellen eine Diskriminierung der Streitkräfte und ihrer Kommandanten, die den Eingriff des 12. Septembers durchführten, gesehen. Der Drehbuchautor des Filmes, Ferit Edgü, war von einem Gericht zu einer drei monatigen Haftstrafe verurteilt worden. Dieses Urteil wurde dann in eine Geldstrafe verwandelt. Von dem Regisseur Erden Kral wiederum heißt es, daß er ins Ausland geflohen sei und gesucht werde. Schon einmal war die Aufführung des Films untersagt worden, das regionale Verwaltungsgericht hatte das Verbot aber wieder aufgehoben.

Cumhuriyet vom 29.02.1984

Staatsanwaltschaft fordert Freispruch für 20 Metal-Is Gewerkschafter

Im Prozeß gegen 20 Gewerkschafter der ungenannten Gewerkschaft Metal-Is vor dem Militärgericht Nr. 3 in Istanbul hat der Militärstaatsanwalt in allen Fällen Freispruch gefordert. Da die Gewerkschaft aber gegen verfassungsmäßige Ziele verstoßen habe, solle sie verboten werden.

Cumhuriyet vom 29.02.1984

Im Partizan-Verfahren haben die Anwälte ihre Plädoyers gehalten

Im Verfahren gegen 78 Angeklagte von Partizan vor dem Militärgericht in Ankara haben 14 Verteidiger ein gemeinsames Plädoyer gehalten. Im Namen der Anwälte führte Halit Celenk aus, daß die Todesstrafe von einem

Prinzip, Blut mit Blut zu vergelten ausgehe. Das Plädoyer in diesem Verfahren, in dem 10 mal die Todesstrafe gefordert wird, setzte sich besonders mit der Todesstrafe auseinander. Die Verteidiger betonten dabei, daß insbesondere in politischen Verfahren die Ungerechtigkeit der Todesstrafe zutage trete. Gegen den Henker bestehe in der Bevölkerung eine tiefe Abneigung, die sich im Grunde gegen die Todesstrafe selber richte; Die Türkei sei das einzige Land im Europarat, in dem Todesstrafen noch vollstreckt werden, hieß es, deshalb soll man von strafmildernden Gründen Gebrauch machen.

Cumhuriyet vom 29.02.1984

19 Personen werden ausgebürgert, wenn sie bis zum 2. März nicht in die Heimat zurückkehren

Nach einer Mitteilung des Innenministers müssen 19 Personen mit einer Ausbürgerung rechnen, wenn sie nicht bis zum Freitag, den 2. März in die Heimat zurückkehren. Sie waren am 1. Februar zur Rückkehr aufgefordert worden. Die Namen der 19 Personen sind: Ahmet Bas, Aydin Ucar, Özcan Gür, Dursun Erdogan, Müzeyyen Gönül Baki, Yüksel Feyzioğlu, Hadi Orman, Cemalettin Kaplan, Necmi Dogan, Mehmet Güc, Ali Sönmez, Abuzer Erinc, Hüseyin Erdem und Hasip Can.

Cumhuriyet vom 01.03.1984

Haftentlassung im DISK-Verfahren

In der gestrigen Verhandlung wurden 5 Vorstandsmitglieder aus der Haft entlassen. Dabei hat sich die Zahl der inhaftierten Angeklagten auf 26 reduziert. Aus der Haft entlassen wurden: Ekrem Akkus, Yalcin Talaka, Ali Sahin, Kemal Yilmaz und Halil Hayta.

Cumhuriyet vom 02.03.1984

Im KIP-DDKD Verfahren hat sich die Zahl der Angeklagten auf 625 erhöht

Durch eine Zusatzanklageschrift hat sich die Zahl der Angeklagten im Prozeß gegen KIP-DDKD mit 498 Angeklagten vor dem Militärgericht in Diyarbakir auf 625 erhöht. Der Prozeß wurde auf den 25. März vertagt.

Hürriyet vom 02.03.1984

Das Verfahren gegen Yeralti Maden-Is begann

Die Militärstaatsanwaltschaft in Istanbul hat gegen 25 Gewerkschafter der 30. Teilgewerkschaft von DISK, Yeralti Maden-Is die Eröffnung des Verfahrens beantragt. Die Angeklagten sollen Strafen zwischen 6 Jahren, 8 Monaten und 20 Jahren erhalten. In diesem Verfahren ist der Vorsitzende der Gewerkschaft, Cetin Uygur, nicht vertreten, weil er in anderen Verfahren angeklagt ist.

Hürriyet vom 06.03.1984

Sie kamen aus Deutschland, um sich das türkische Gerichtssystem anzuschauen

Vor dem Strafgericht in Edirne erschienen im Prozeß gegen den LKW-Fahrer Thomas Weschta und die türkischen Arbeiter Ali Kocan und Ismail Acikgöz, drei Gerichtsreferendare, darunter zwei Frauen aus Deutschland, um dem Verfahren beizuwohnen. Bei dem Transport der Haushaltsgegenstände der Arbeiter waren im LKW des T.Weschta 110.000 elektronische Kontrollstifte gefunden worden.

Thomas Weschta, der in der Verhandlung auf freien Fuß gesetzt wurde, äußerte die Überzeugung, daß sich

seine Unschuld herausstellen werde. Die deutschen Gerichtsreferendare sagten, daß sie der türkischen Justiz trauen würden.

Cumhuriyet vom 06.03.1984

2 Angeklagte wurden zu 24 Jahren verurteilt

2 Angehörige der Organisation Halkin Kurtulusu wurden vor dem Militärgericht in Elazig zu Haftstrafen von jeweils 24 Jahren verurteilt. Ihnen war ein Mord, eine Körperverletzung, sowie verschiedene Aktionen für die Organisation zur Last gelegt worden.

Cumhuriyet vom 06.03.1984

Die Militärstaatsanwaltschaft forderte Freispruch für Gönensin und Kemal

Im Verfahren gegen Mehmed Kemal und Okay Gönensin von unserer Zeitung hat der Militärstaatsanwalt vor dem Militärgericht in Istanbul Freispruch gefordert. Zur Anklage war es wegen eines Artikels vom 9.9.82 gekommen. Hierin war ein Verstoß gegen § 159 TSG und das Gesetz mit der Nummer 1402 gesehen worden. Der Prozeß wurde auf den 4. April vertagt.

Milliyet vom 02.03.1984

Gegen den SODEP'ler Yürüyenhan wurde ein Ermittlungsverfahren eröffnet

Wegen des Vortrages des Gedichtes 'Die Ketten werden gesprengt' bei einer Veranstaltung in geschlossenen Räumen in Antalya wurde das Mitglied des Ehrengremiums von SODEP, Ayse Yürüyenhan, bei der Staatsanwaltschaft angezeigt. Sollte in dem Vortrag vom Vortage ein Verstoß gesehen werden, wird es zur Eröffnung eines Verfahrens kommen.

Cumhuriyet vom 06.03.1984

Verhör des Provinzvorsitzenden der DYP

Wegen einer Rede am 11. Februar in Üsküdar mußte der Provinzvorsitzende der Partei des Rechten Weges in Istanbul, Yasar Keceli, bei der Staatsanwaltschaft in Sisli aussagen. Nach der halbständigen Vernehmung sagte er den wartenden Journalisten, daß in den Worten Demokratie, Gerechtigkeit, große Türkei wohl kein Verstoß zu sehen sei. Der Kandidat für das Amt des Bürgermeisters in Istanbul, Hüsamettin Cindoruk, sagte dabei, daß Sunalp und Özal alles tun würden, um sie anzuschwärzen.

Cumhuriyet vom 07.03.1984

Das Dev-Yol Verfahren von Denizli vor dem Abschluß

Das Verfahren gegen 95 Angeklagte von Dev-Yol aus Denizli vor dem Militärgericht in Izmir steht vor dem Abschluß. Die Akte des Verfahrens, in dem einmal die Todesstrafe und fünf mal lebenslänglich gefordert wird, wurde noch einmal für die Verkündung des Urteils einer Untersuchung interzogen.

Cumhuriyet vom 07.03.1984

Die Verfahren von TKP und IGD wurden zusammengelegt

Nach einem Beschluß des Militärgerichtes in Diyarbakir werden die hier durchgeführten Prozesse gegen die Kommunistische Partei der Türkei und den fortschrittlichen Jugendverein zusammengelegt. Gleichzeitig wurde die

Haftentlassung von 4 Angeklagten angeordnet. Das Verfahren wurde auf einen späteren Termin vertagt.

Cumhuriyet vom 07.03.1984

Die Haftstrafe gegen Metin Toker wurde aufgelöst

Nachdem das Verteidigungsministerium die Revision in dem Verfahren gegen den Journalisten Metin Toker von der Zeitung Milliyet zugelassen hatte, hat der militärische Kassationsgerichtshof nun das Urteil aufgehoben. Metin Toker war zuvor vom Militärgericht in Istanbul zu einer Haftstrafe von drei Monaten wegen eines Artikels vom 14.8.83 verurteilt worden. Der Vollzug dieses Urteils war aber um 4 Monate ausgesetzt worden.

Hürriyet vom 08.03.1984

Zwei Angeklagte unter Todesstrafe wurden freigesprochen

Das Verfahren gegen 78 Angeklagte der ungesetzlichen Organisation TKP/ML Partizan vor dem Militärgericht in Ankara ging zu Ende. Das Gericht verurteilte 4 Angeklagte zunächst zum Tode, verwandelte diese Strafen dann aber in lebenslänglich. 39 Angeklagte wurde zu Haftstrafen zwischen 3 und 5 Jahren verurteilt, 33 Angeklagte wurden freigesprochen und gegen 2 Angeklagte wurde das Verfahren eingestellt.

Hürriyet vom 10.03.1984

Prof. Ates und Filiz Nayir werden angeklagt

In Istanbul begann der Prozeß gegen den Professor Toktamis Ates, der Mitglied des Lehrkörpers an der wirtschaftlichen Fakultät der Universität Istanbul für internationale Zusammenarbeit ist, und die Chefredakteurin der Zeitschrift Varlik, Filiz Nayir Deniz Teke. In diesem Prozeß werden Haftstrafen zwischen 6 Monaten und 2 Jahren gefordert.

Hürriyet vom 10.03.1984

Im Verfahren gegen die Gewerkschaft Genel-Is waren ausländische Beobachter anwesend

Im Verfahren gegen 80 Angeklagt der DISK-Gewerkschaft Genel-Is vor dem Militärgericht in Istanbul waren neben dem Vorsitzenden der Internationalen Föderation des öffentlichen Dienstes, Heinz Kluckner (Schreibweise Hürriyet), auch die Arbeitsattachés aus der Bundesrepublik, den Niederlanden und Schweden, Bernd Geiss, C. van Renselaar und Tommy Paag, anwesend. Als Dolmetscher fungierte Dr. Mehmet Emin Atalay.

e) VERHAFTUNGEN

Aus Gründen der allgemeinen Sicherheit wurden 700 Ausländer aus Istanbul ausgewiesen. Unter den ausgewiesenen Ausländern befinden sich auch 65 Frauen. Die Ausgewiesenen stammen zum größten Teil aus Nahost und Afrika. Darüber hinaus wurde gegen 600 Ausländer ein Einreiseverbot erteilt und die nötigen Archivierungen vorgenommen. In der Mitteilung heißt es weiter, daß in Istanbul derzeit 200 Ausländer wegen verschiedener Vergehen einsitzen.

Da im Ausland allgemein eine Zunahme der Anschläge auf ausländische Vertretungen zunehme, müsse befürchtet werden, daß man nun auch die Türkei zu einer Probe benutze. Zur Abwendung von Terrorakten wurde daher bei der Polizei eine gesonderte Abteilung geschaffen, die ihre geheimen Informationen dem Innenministerium mitteilt. (Cumhuriyet vom 25.02.1984).

In Karaman bei Konya wurden 8 Personen im Zusammenhang mit Verkauf von Haschisch und unerlaubtem Waffenbesitz festgenommen (Tercüman vom 29.02.84).

In Kahramanmaraş wurden 15 Angehörige der TIKP bei Operationen zwischen dem 1. und 20. Februar verhaftet. Darüber hinaus wurden je ein Angehöriger der illegalen Organisationen Kurtulus und TDKP in Corum festgenommen (Cumhuriyet vom 07.03.84 Tercüman berichtet lediglich von 15 Festnahmen in K.maras)

Demokratisierung

Cumhuriyet vom 26.02.1984

In Diyarbakir sind 235 Personen aus der MDP zurückgetreten

Der zweite Vorsitzende der MDP in Diyarbakir und 234 Freunde sind aus der Partei ausgetreten. In ihrer Austrittserklärung kritisieren sie auch den Abgeordneten für Diyarbakir, Mahmut Altınakar.

Cumhuriyet vom 02.03.1984

In 13 Provinzen wird das Kriegsrecht aufgehoben

Auf Vorschlag des Nationalen Sicherheitsrates hat das Parlament gestern das Gesetz des Ministerpräsidiums akzeptiert, nach dem in 13 Provinzen der Kriegszustand aufgehoben wird, während gleichzeitig in 8 dieser Provinzen der Notstand ausgerufen wird. Vollständig aufgehoben wurde das Kriegsrecht in den Provinzen Kırklareli, Bilecik, Kütahya, Burdur und Mus während in den Provinzen Canakkale, Isparta, Sinop, Kastamonu, Cankiri, Kirsehir, Gümüşhane und Bitlis der Notstand ausgerufen wird. Im Notstandsfalle übernimmt der Gouverneur die Befehlsgewalt. Neben den üblichen Ordnungskräften kann er auch die Streitkräfte zur Unterstützung rufen. Es besteht das Recht, ein Ausgehverbot zu verhängen, Ausweispflicht einzuführen, Durchsuchungen in Gebäuden und am Leibe vorzunehmen, Publikationen zu verbieten und den Gebrauch von Schusswaffen zu verbieten. Die neue Regelung wird am 19.03.84 in Kraft treten.

Tercüman vom 03.03.1984

Die Einsprüche der HP und MDP wurden abgelehnt

Die Einsprüche der HP und MDP bezüglich der Verfassungswidrigkeit des Gesetzes zu den Kommunalwahlen wurden vom Verfassungsgericht zurückgewiesen. Während Ministerpräsident Özal seiner Zufriedenheit Ausdruck verlieh, äußerten sich die Vorsitzenden der HP und MDP dahingehend, daß sie Achtung vor dem Beschluß des obersten Gerichtes haben und dem nichts hinzufügen wollten.

Cumhuriyet vom 03.03.1984

Die Fraktion der Volkspartei hat einstimmig beschlossen sich nicht mit SODEP zu vereinen

Die parlamentarische Fraktion der HP hat einstimmig beschlossen, nicht mit der SODEP zusammenzugehen. Der Vorsitzende Necdet Calp teilte in diesem Zusammenhang mit, daß die SODEP die Suppe der Regierungspartei ANAP salzen würde. Sie aber würden ebenso wie bei den Wahlen am 6. November beweisen, daß sie eine starke Partei seien.

Wirtschaft

Cumhuriyet vom 28.02.1984

In Istanbul wurde letztes Jahr gegen Wechsel in Höhe von 120 Milliarden Lira protestiert

Letztes Jahr wurde in Istanbul gegen Wechsel in Höhe von 118,475 Milliarden Lira protestiert. Die Wechsel beliefen sich auf 548.215.

Wie die Istanbul Handelskammer mitteilte, wurde im Jahr 1983 gegenüber 1982 von der Anzahl her ein Rückgang um 17,3% verzeichnet. Wertmäßig stiegen aber die Proteste um 38%.

Cumhuriyet vom 01.03.1984

Die Küchenausgaben einer 4-köpfigen Familie stieg in einem Monat auf 39.700 Lira

Die Preise einiger Nahrungsmittel übertraten im vergangenen Monat stellenweise den Waffenstillstand an der Küchenfront und erreichten für die notwendigen Küchenausgaben eine Höhe von 39.707,5 Lira. Damit überstieg die Inflation in den Küchen in einem Monat 5,3%.

Cumhuriyet vom 01.03.1984

April: Verkaufsmonat

Das Plenum der Nationalversammlung der Türkei hat nach einer 17-stündigen Debatte ein Gesetz zur Förderung der Sparsamkeit und zur Beschleunigung der Staatsinvestitionen verabschiedet. Das Gesetz sieht vor, daß Staatseigentum wie Brücken, Staudämme und dergleichen in Zukunft veräußert werden können.

Ministerpräsident Turgut Özal sagte nach der Debatte: "Die Verkäufe können erst in anderthalb Monaten beginnen."

Tercüman vom 03.03.1984

Ausländische Firmen versuchen in der Türkei Atomreaktoren zu bauen

Zu den Firmen, die in der Türkei Atomreaktoren bauen wollen, gesellte sich auch die amerikanische Firma Westinghouse. Geplant sind 3 Atomreaktoren in Silifke Akuyu und in Sinop.

Milliyet vom 06.03.1984

Export und Import gehen zurück

Seit dem Amtsantritt der Özal-Regierung gingen Export und Import gegenüber den Vergleichsmonaten des Vorjahres um 7-10% zurück. Zwar wurden die genauen Zahlen nicht veröffentlicht, aber die Meinung der Experten geht einhellig in diese Richtung.

Milliyet vom 07.03.1984

1983 belief sich das Defizit in der Außenhandelsbilanz auf 3,5 Milliarden Dollar

Während alle ökonomischen Aggregate Warnzeichen von sich geben, warten die Verantwortlichen auf positive Erfolgsmeldungen ihrer Maßnahmen. Laut ANKA ging im vergangenen Jahr der Export gegenüber dem Vorjahr nur um 3%o zurück. Der Import dagegen stieg um 4,4%. Die Außenhandelsbilanz er-

gab ein Defizit von 3,5 Milliarden Dollar. Damit erhöhte sich das Defizit gegenüber dem Vorjahr um 410 Millionen Dollar.

Milliyet vom 07.03.1984

Türk-Is fordert einen Mindestlohn von 30.000 Netto, die Regierung besteht auf 20.000 Brutto

Es wird erwartet, daß Türk-Is in die Kommission für den Mindestlohn den Vorschlag einbringen wird, daß der Mindestlohn 30.000 Lira pro Monat beträgt. Ferner wird behauptet, daß die Regierungsvertreter 20.250 Lira Brutto vorschlagen werden.

LOHNERHÖHUNG FÜR 1984

Die Oberste Schiedsstelle hat die Lohnerhöhung für diejenigen Tarifverträge bekanntgegeben, die im Jahr 1984 nicht auslaufen. Demnach beträgt die Lohnerhöhung für 1984 25% plus 2000 TL.

Der Vorsitzende der Obersten Schiedsstelle, Naci Varlik, gab seiner Ansicht Ausdruck, daß der Lohnzuschlag effektiv eine Höhe von 47,5% erreiche, weil bei der Berechnung des tatsächlichen Lohnzuschlages berücksichtigt werden müsse, daß in diesem Jahr Steuersenkungen und -rückzahlungen vorgesehen seien. Mit dieser Argumentation schloß sich die Oberste Schiedsstelle den Vorstellungen von Özal an, der vor der Bekanntgabe des Lohnzuschlages für 1984 erklärt hatte, daß bei 25 prozentiger Lohnerhöhung effektiv die Forderung von Türk-Is erfüllt werden würde. Als aber die Oberste Schiedsstelle den Vorschlag der Regierungsvertreter annahm, konnten die Türk-Is-Vertreter dieser Argumentation nicht folgen und verließen den Sitzungssaal, nachdem sie ihre 'Nein'-Stimme abgegeben hatten.

Interessant an dem Beschluß der Obersten Schiedsstelle war der Umstand, daß wohl keiner der Tarifpartner mit dem Lohnabschluß zufrieden war. Während die Arbeitnehmer-Vertreter von einer großen Ungerechtigkeit sprachen und die Angelegenheit beim Staatspräsidenten Evren vorbringen wollen, bezeichneten die Arbeitgeber den Beschluß für eine unglückliche Entscheidung, die die Inflation fördern werde. Der Vorsitzende der Obersten Schiedsstelle, Naci Varlik, hingegen deutete die Unzufriedenheit beider Parteien mit dem Lohnabschluß als die Ausgewogenheit des Beschlusses selbst.

Jahre Nominallohn Index Reallohn
 pro Tag für Lebens- pro Tag
 in TL haltungskosten in TL

Yıllar	Gözetim günlük ücret TL	Gecimle Endeksi	Gercek günlük ücret TL
1963	17 91	100 0	17 91
1964	19 50	100 2	19 45
1965	21 64	104 8	20 65
1966	23 43	113 6	20 63
1967	25 83	129 6	19 93
1968	28 27	137 6	20 55
1969	32 53	144 2	22 28
1970	35 32	155 6	22 70
1971	39 32	185 2	21 71
1972	43 88	213 7	20 53
1973	54 41	243 6	22 34
1974	68 21	301 8	22 62
1975	85 55	365 8	23 39
1976	115 30	429 6	26 84
1977	146 53	541 3	27 07
1978	207 93	676 3	23 74
1979	294 31	1433 1	20 54
1980	426 96	2784 1	15 34
1981	542 00	3897 7	13 91
1982	697 00	5083 0	13 79
1983	920 00	7500 0	12 26

Quelle: DIE, SSK, ITO und Statistiken des Handelsministeriums

Internationale Beziehungen

Cumhuriyet vom 27.02.1984

Die Verträge über zwei Kredite in Höhe von 750 Millionen Dollar werden im März unterzeichnet

Die endgültige Bestätigung für zwei Kredite in Höhe von 750 Millionen Dollar wurde eingeholt. Der erste Vertrag wird in der zweiten Hälfte vom März in London unterzeichnet werden. Durch diesen Vertrag bekommt die türkische Zentralbank von einem ausländischen Bankenkonsortium 300 Millionen Dollar. Der Kredit über die zweite Tranche in Höhe von 450 Millionen Dollar wird zur Finanzierung der elektromechanischen Anlagen des Atatürk-Staudammes verwendet werden.

Tercüman vom 27.02.1984

Eine 100-köpfige türkische Delegation in Bonn

Zur gemeinsamen Investition in der Türkei wird man den Deutschen 40 Projekt-Vorschläge machen. Unter dem gemeinsamen Vorsitz des Dorf-, Landwirtschaft- und Forstministers ist gestern in Deutschland eine 100-köpfige Delegation eingetroffen. Die Projekte werden heute bei den Verhandlungen mit dem Wirtschaftsminister Otto Lambsdorf durchgenommen werden.

Hürriyet vom 02.03.1984

"5 Rapierraketen in der Türkei eingetroffen"

Der für Versorgungsfragen zuständige Staatssekretär im englischen Verteidigungsministerium, Geoffrey Pattle, sagte: "5 Rapierraketen sind in der Türkei eingetroffen. Die restlichen 31 Rapierraketen werden in den kommenden Monaten Stück für Stück geliefert werden."

Cumhuriyet vom 03.03.1984

Die USA halten die Hilfe zurück

Die von der Reagan-Administration für das Finanzjahr 1985 vorgesehene Hilfe in Höhe von 934 Millionen Dollar wurde bei der Kongreß-Debatte wegen des Zypern-Konflikts zurückgehalten.

Milliyet vom 05.03.1984

"Der Kredit der USA in Höhe von 934 Millionen Dollar wird mit Sicherheit vergeben werden"

Verteidigungsminister Zeki Yavuztürk ging auf die gestrigen Pressemeldungen über die US-Hilfe und sagte: "Der US-Kredit in Höhe von 934 Millionen Dollar wird mit Sicherheit vergeben werden. Es kann keine Rede von Einfrierung sein. Der Kredit wird in Form von ökonomischer und militärischer Hilfe vergeben werden. Der militärische Teil des Kredits trifft in Form von Materiallieferungen bei uns ein."

Cumhuriyet vom 07.03.1984

Außenministerium: Es wäre falsch, wenn Athen nach Zypern Soldaten entsenden würde

Das Außenministerium ging auf die Berichte über die Entsendung einer griechischen Division nach Zypern und erklärte, daß Athen wissen müsse, daß dies eine grundlegend falsche Kalkulation sei.

Hürriyet vom 08.03.1984

Eine Überraschung von 750 Millionen Dollar

Staatssekretär Ekrem Pakdemirli, der aus Irak kommend in Saudiarabien eintraf, übermittelte die freudige Nachricht, daß Saudiarabien einen Kredit in Höhe von 750 Millionen Dollar gewähren wird. Der Beschluß über den Kredit in Höhe von 500 Millionen Dollar und einer Projekt-Hilfe in Höhe von 250 Millionen Dollar für die Sanierung der Slumgebiete wird in der kommenden Woche bekannt gegeben werden.

GENSCHER IN DER TÜRKEI

Der Besuch des bundesdeutschen Außenministers Hans-Dietrich Genscher in der Türkei am 6./7.3.84 hat auch in der türkischen Presse großes Aufsehen erregt. Schon im Vorfeld des Besuches erschienen mehrere Berichte über die Reise. Während es zunächst noch hieß, daß er mit Bundeskanzler Kohl am 3.3.84 erst nach Washington und von dort evtl. direkt nach Ankara kommen werde, verkündete man später stolz, daß Genscher wegen der Türkeireise erst gar nicht nach Washington fliegen werde (Cumhuriyet vom 02.03.84, Tercüman vom 03.03.84). Tercüman meldet am 05.03.84, daß dieser Besuch auch in Bezug auf die gestörten Beziehungen der Türkei zu Europa von enormer Wichtigkeit sei. Mit dem 12.09.80 habe sich dieses Verhältnis verschlechtert und auch nach den Wahlen vom 6.11.83 nicht wieder voll normalisiert. Es wurde auch darauf hingewiesen, daß Genscher der erste Außenminister sei, der die Türkei nach den Wahlen besuche und daß in der Folgezeit wohl mit mehr Besuchen von Außenministern zu rechnen sei, da dieser Besuch so etwas wie eine Signalwirkung haben könne. An Themen der Gespräche wurde aber praktisch immer nur auf die Frage des Beitritts zur EG verwiesen mit dem Problem der Freizügigkeit. Daneben fanden sich dann noch Punkte wie Ausländerpolitik der Bundesrepublik und Kreditvergabe. Eine Information über die Form der Demokratisierung und die Lage der Menschenrechte wurde bei der türkischen Presse nicht in Rechnung gestellt. Tercüman erweckte durch Überschriften wie "Genscher erwarten schwere Verhandlungen (4.3.), Harte Verhandlungen mit Deutschland haben begonnen (7.3.) und Es werden neue Rechte für den Gastarbeiter erworben (8.3.84)" den Eindruck, als habe man der deutschen Seite in diesem Gespräch Zugeständnisse abgerungen. Dabei waren die Hilfsbeträge von je 130 Millionen DM Militär- und Wirtschaftshilfe natürlich längst vorher klar. Hürriyet veröffentlichte am 10.03.1984 ein Interview von der Pressekonferenz mit Genscher, in dem auf folgende Punkte eingegangen wurde. Zum Problem der Freizügigkeit meinte der Außenminister, daß augenblicklich noch keine Einigung erzielt werden könne, daß die Türkei aber schon 1982 an diesem Punkt Verständnis gezeigt habe, weil es ja nicht in ihrem Interesse liegen könne, daß so viele Landsleute das Land verlassen.

Man habe 1980 ein Visum für türkische Staatsangehörige eingeführt und dies habe im Jahre 1983 den Effekt gehabt, daß zum ersten Mal mehr Türken die Bundesrepublik verlassen hätten, als Neue gekommen wären. 25000 Einwanderungen stünden 75000 Rückkehrer gegenüber, so daß die Zahl der Türken in Deutschland um 50000 abgenommen habe. Den Zugeständnissen der Türkei stünde die Militär- und Wirtschaftshilfe gegenüber. Ausserdem sei daran gedacht, die Arbeitsplätze zu den Ar-

beitskräften zu schaffen, das heißt deutsche Investitionen auf türkischem Boden.

Genscher gab ferner an, daß er die Fragen der Menschenrechte und die Situation in den türkischen Gefängnissen zur Sprache gebracht habe und im Sinne des Türkeiberichtes der Bundesregierung Antworten erhalten habe.



BRD

Tercüman vom 1.3.1984

Trotz Protesten wurde Nazire Cicek abgeschoben

Nazire Cicek, die zu ihrem Mann, der in Hannover arbeitet, gekommen war, wurde in die Türkei geschickt. Verschiedene Organisationen bezeichneten dies als Aufhebung des Grundrechtes auf Unteilbarkeit der Familie und teilten mit, daß der Kampf für Cicek weitergehen würde.

Die Ausländerbehörde wollte sie zunächst während ihrer Schwangerschaft ausweisen, beschloß dann aber unter öffentlichem Druck, die Ausweisung erst nach der Geburt des Kindes vorzunehmen. Sie mußte jetzt mit ihrem sechs Monate alten Kind die Bundesrepublik verlassen.

Tercüman vom 3.3.1984

Deutschland liefert einen türkischen Asylanten aus

Das Oberverwaltungsgericht von Koblenz hat die Auslieferung von Veysi Serhat, der in Deutschland Asyl beantragt hat und in der Türkei wegen Terror-Straftaten gesucht wird, beschlossen.

Es wurde bekannt, daß Serhat, nachdem er drei Leute in der Absicht, sie zu töten, verletzt hatte, nach Deutschland geflohen war. In Deutschland hatte er Asyl beantragt; diesem Antrag war stattgegeben worden.

Das Koblenzer Gericht untersuchte den Auslieferungsantrag der Türkei und beschloß trotz gewährten Asylrechts die Auslieferung Serhats.

Hürriyet vom 4.3.1984

Die Namen von 12 Terroristen, die in Griechenland Asyl beantragten, wurden bekannt

Es wurde mitgeteilt, daß Griechenland 12 türkischen Terroristen Asyl gewähren wird. Diese waren am vergangenen Mittwoch von Syrien nach Ägypten abgeschoben worden. Sie verließen in Athen das Flugzeug und stellten Anträge auf Asyl. Sie wurden in das Lager Lavrion geschickt.

Tercüman vom 4.3.1984

Illegale besetzten in Zürich Büro von AP

Einige extremistische Elemente, die aus der Türkei in die Schweiz geflohen waren, besetzten in Zürich ein zeitlang das Büro der Associated Press.

Ein Reporter von AP sagte, daß die ca. 40 Demonstranten eine Pressekonferenz forderten, auf der die Freilassung einige politischer Gefangener in der Türkei gefordert werden sollte.

Die Demonstranten verließen aber vor Durchführung der Pressekonferenz das Büro von AP.

Tercüman vom 4.3.1984

Saruhan: 'Im Konsulatsgebäude wurde niemand verhört'

Der Konsul des Münsteraner Konsulats, Irfan Saruhan, sagte auf die Vorwürfe, daß im Konsulatsgebäude einige Leute nach strengen Durchsuchungen verhört wurden, folgendes: "Natürlich durchsuchen wir am Eingang des Gebäudes. Von diesen ganz normalen Durchsuchungen wissen auch die deutschen Sicherheitsbehörden. Im Konsulatsgebäude wurde niemand verhört."

Tercüman vom 9.3.1984

Gibt es beim deutschen Radio keine Moral des Journalismus?

Unsere Bonner Botschaft protestierte mit harter Sprache gegen die Sendung ohne jegliche Grundlage, die im ersten und zweiten Kanal des WDR gesendet wurde. Diese hatte die Hauptkonsulate in Köln, Essen, Düsseldorf und Münster zum Ziel und stützte sich auf Aussagen von Türkeifeinden.

Der Presseattaché unserer Bonner Botschaft, Can Evcen, schickte dem WDR einen Protestbrief wegen der Sendungen. Er erinnerte an die "Moral des Journalismus" und die "Prinzipien des neutralen Programms" und stellte fest, daß die Verantwortlichen gezwungen seien, sich demgemäß zu verhalten. Er sagte: "Ich lade sie ein, ihre journalistische Aufgabe in vollem Sinne und auf ehrliche Weise durchzuführen."

Der WDR hatte in den Programmen 'Zwischen Rhein und Weser' am 21. Februar und 'Morgenmagazin' am 6. März behauptet, daß in unseren Hauptkonsulaten Landsleute gefoltert wurden.

Nun wird mit Spannung darauf gewartet, wie sich die Verantwortlichen des WDR den Vorwürfen gegenüber verteidigen werden.

Frankfurter Allgemeine Zeitung, 7.3.1984:

Genscher als Eisbrecher in Ankara

Die Bundesregierung vertraut auf den Demokratisierungswillen der neuen türkischen Regierung/ Von Angela Nacken

BONN, 6. März

Die Bundesregierung wünscht, daß eine demokratische Türkei den ihr zustehenden Platz in Europa unangefochten einnimmt. Sie erwartet, daß die türkische Regierung dazu ihren Beitrag leistet. Mit dieser Versicherung schloß im Februar dieses Jahres der Zweite Bericht der Bundesregierung zur Entwicklung der Türkei an den Deutschen Bundestag. Auch der Besuch von Bundesaußenminister Genscher, der drei Wochen vor den türkischen Kommunalwahlen am Dienstag zu politischen Gesprächen in Ankara eintraf, soll ein Zeichen des Vertrauens in den Demokratisierungswillen der neuen, ersten zivilen Regierung in Ankara setzen und die „Politik der ausgestreckten Hand“ gegenüber dem Nato-Partner und assoziierten Staat der Europäischen Gemeinschaft demonstrieren. In Bonn spricht man gar von einer „Eisbrecher-Funktion“ dieses Besuchs. Man verspricht sich von der deutschen Haltung gegenüber der Türkei ein deutliches Signal nach außen, das auch in der parlamentarischen Versammlung des Europarats und im Europarat-Parlament beachtet wird. Die Bundesregierung bekennt sich freimütig zu der selbstauferlegten Rolle als Anwalt der Türkei im westlichen Bündnis.

Dabei läßt sie sich davon leiten, daß dem Land als Stabilitätsfaktor an der Südostflanke der Nato in den letzten Jahren angesichts der Entwicklung im Nahen und Mittleren Osten wachsende Bedeutung zukommt. Die Berechtigung, zu der Lage und der Entwicklung in der Türkei Stellung zu nehmen, begründet Bonn mit der gemeinsamen Mitgliedschaft im Bündnis und im Europarat. Ihr spezifisches Gewicht erhalten die deutsch-türkischen Beziehungen aber vor allem dadurch, daß 1,8 Millionen türkische Staatsbürger auf dem Territorium der Bundesrepublik Deutschland leben. Unter den Ausländern stellen sie die größte Volksgruppe dar. Eine Regelung der Freizügigkeitsfrage im Rahmen des Assoziationsver-

hältnisses zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Türkei ist nur in enger Zusammenarbeit mit der Regierung in Ankara möglich. Die Schwierigkeiten, die sich daraus ergeben, daß der Assoziationsvertrag bis zum 1. Dezember 1986 die Freizügigkeit auch für türkische Arbeitnehmer vorsieht, war schon 1982 ein zentrales Thema der Gespräche zwischen Bonn und Ankara. 1984 übte das gleiche gelten für die Unterredungen Genschers mit dem türkischen Außenminister Halefoglu.

Bei der Begegnung der Außenminister treffen sich alte Bekannte. Halefoglu war zehn Jahre lang Botschafter der Türkei in Bonn. Im letzten Januar hatte Genscher den neuen türkischen Außenminister in einem Gespräch bei der KVAE-Konferenz in Stockholm auf die fortbestehenden Erwartungen des Deutschen Bundestages zur Herstellung demokratischer Verhältnisse, zur vollen Achtung der Menschenrechte und der

Wahrung rechtsstaatlicher Prinzipien bei der Durchführung von Strafverfahren aufmerksam gemacht. Schon vor der Abreise des Außenministers ließ Bonn wissen, daß nach deutscher Auffassung zwar Fortschritte bei der Rückkehr zur Demokratie festzustellen seien, jedoch in den Fragen der Menschenrechte und der Wahrung rechtsstaatlicher Prinzipien noch, wie es diplomatisch hieß, „eine Menge zu tun“ sei. Bonn hält gegenüber Ankara den Zeigefinger oben, nicht nur wegen der Kritik der Opposition im eigenen Lande, sondern auch angesichts der Stimmung in den Hauptstädten des Bündnisses. Doch die Erinnerung an das Versprechen Ankaras, zur Demokratie zurückzukehren, wird verbunden mit der Erinnerung an die Zusage der türkischen Regierung, abträgliche Auswirkungen der Bestimmungen über die Freizügigkeit zu vermeiden. Genscher wird darauf bedacht sein müssen, sorgsam abzuwägen zwischen dem deutschen Interesse, die Bestimmungen über die Freizügigkeit den wirtschaftli-

chen Bedingungen in der Bundesrepublik anzupassen und in Ankara Verständnis dafür zu erreichen, und gleichzeitig die Erwartung des Deutschen Bundestages zum Ausdruck zu bringen, der Fortschritte bei dem Prozeß der Demokratisierung annahm.

Genscher reist nicht mit leerem Gepäck nach Ankara. Er nimmt die Zusage der Bundesregierung mit, daß die Wirtschafts- und Militärhilfe an die Türkei fortgesetzt werden soll. Im Rahmen der Möglichkeiten des Haushalts geht die Bundesregierung dabei von den gleichen Größenordnungen wie für das Jahr 1983 aus: Wirtschaftshilfe in Höhe von 130 Millionen Mark und eine Nato-Verteidigungshilfe mit achtzehnmonatiger Laufzeit mit einem Volumen wie im bisherigen Umfang von 130 Millionen Mark. Die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Ländern haben nach deutscher Einschätzung eine neue Phase erreicht.

Das Interesse deutscher Unternehmen an einer Kooperation mit der Türkei nimmt deutlich zu. Der bilaterale Handelsaustausch hat sich in den letzten beiden Jahren bemerkenswert ausgeweitet. 1982 betrug das Handelsvolumen 1,7 Milliarden Dollar. In ihrem Türkei-Bericht erinnerte die Bundesregierung daran, daß die entwicklungspolitische Zusammenarbeit der Förderung von Projekten diene, die im Interesse der türkischen Bevölkerung lägen, und daß die Verteidigungshilfe konkreter Ausdruck der Solidarität und der deutschen Bereitschaft zur Lastenteilung im Bündnis sei. Ziel der Politik der Bundesregierung gegenüber der Türkei bleibt, wie in dem ersten Türkei-Bericht vom Dezember 1982 definiert, die Gewährleistung der Grund- und Freiheitsrechte und der Schutz der Menschenrechte in der Türkei, die Wiederherstellung der Demokratie und die Erhaltung der wirtschaftlichen und sozialen Stabilität des Landes.

MAMAK und DIYARBAKIR

Die Nachrichten über Folter und Ermordungen in den türkischen Militärgefängnissen reißen nicht ab. Herausragend sind dabei, wie schon so häufig, die Militärgefängnisse MAMAK/Ankara und DIYARBAKIR.

Die türkische Presse schweigt sich zu den Vorgängen im Militärgefängnis von Diyarbakir aus, obwohl es in den letzten Monaten nun schon mehr als 10 Tote dort gegeben hat (die genaue Zahl läßt sich derzeit noch nicht angeben, da die Quellen sehr unterschiedliche Angaben machen). Lediglich eine Anzeige in Cumhuriyet vom 29.02.1984 verwies auf den Tod von Necmettin Büyükkaya, der durch ai adoptiert war. Die Anzeige in Cumhuriyet ist allerdings von den Familienangehörigen aufgegeben und bietet keine Hinweise auf den politischen Hintergrund.

Während es in der Vergangenheit schon mehrfach Hinweise in der türkischen Presse zu der Auseinandersetzung um das Tragen von Anstaltskleidung bei Untersuchungsgefangenen gegeben hat, finden sich auch einzelne Hinweise auf die Vorgänge in Ankara. Nokta berichtet in der Ausgabe vom 27.02.1984, daß die Kriegsrechtskommandantur in einem Schreiben den Briefen der Angehörigen geantwortet hat. Das Schreiben der KRK wird vollständig zitiert. Hierdrin heißt es u.a.: „Für die Gefangenen, die am 2. und 3. Januar die Einheitskleidung nicht anzogen, hat es ein vorübergehendes Besuchsverbot gegeben. Dies betraf 112 Gefangene, denen der Besuch für einen Monat verboten wurde. Ein weiterer Angeklagter hat eine Zellenhaft von sieben Tagen und 15 Tage Besuchsverbot bekommen. Das Leben in Mamak ist am 4. Januar wieder normal geworden. ... Bei der Verhandlung im Dev-Yol Verfahren am 09.01.84 haben

alle inhaftierten Angeklagten teilgenommen."

Aus diesem Schreiben geht indirekt hervor, daß es zu einem Abkommen zwischen den Gefangenen und der Anstaltsleitung gekommen ist. Bei der Schilderung der Parlamentsdiskussion um die Verlängerung des Kriegsrechts zitiert Cumhuriyet den Ministerpräsidenten Turgut Özal, der auf eine Frage des HP Abgeordneten Isa Vardal sagte, daß in Bezug auf die Situation in den Militärgefängnissen einige Beschwerden eingetroffen seien. Dies betreffe sowohl Schreiben der Angehörigen als auch Standardbriefe aus dem Ausland. Alle Behauptungen würden überprüft, aber keine davon habe sich bisher bewahrheitet. Er habe den Eindruck, daß hier kleine Dinge aufgebauscht würden. Ihm sein kein Vorfall übermittelt worden, nachdem jemand gestorben sei. (Cumhuriyet vom 02.03.84). Die Meldung aus Cumhuriyet vom 04.03.84 spricht ebenfalls von Beschwerden, die von den Angehörigen an das Justizministerium gegangen seien. Der Justizminister Necat Eldem sagte dazu allerdings, daß die Kontrolle der Militärgefängnisse den örtlichen Kriegsrechtskommandanturen unterstünden und sie keine eigenen Untersuchungen anstellen könnten. Er äußerte aber die Überzeugung, daß bei Verstößen auch die nötigen gerichtlichen Schritte eingeleitet werden würden.

Sowohl diese Meldung als auch eine Meldung des WDR IV vom Vortage sprechen davon, daß der Vorsitzende der Anwaltskammer der Türkei, Önder Sav, sich mit einem Schreiben an die Kriegsrechtskommandantur in Ankara gewandt habe und darin die Folterungen in Mamak erwähnt sind. WDR IV hat überdies als Organ im Ausland häufiger Meldungen von ausländischen Nachrichtenagenturen über die Vorgänge in Diyarbakir und Mamak aufgenommen. Eine solche Meldung stammt auch aus dem TKP-Verfahren von Ankara, in dem eine Meldung des Gerichtes an die Kriegsrechtskommandantur erfolgte, weil die Gefangenen mißhandelt worden sein sollen. In der Formulierung heißt es dabei, daß die aufrichtige Schilderung der Gefangenen Grund dafür sei, diesen Umstand der Kriegsrechtskommandantur mitzuteilen. (WDR IV vom 03.03.84).

Nokta berichtet am 05.03.84 ebenfalls von dem Prozeß gegen die TKP vom Vortage. Hier haben die Angeklagten erneut wegen der Folterungen in der Nacht vom 25. zum 26. Februar Beschwerde geführt. Der Angeklagte Sükrü Pekel gab an, daß 35 Freunde von ihm in Zellenhaft seien. Das Gericht gab darauf an, daß sie mit der Verhandlung beauftragt seien und die Ereignisse außerhalb des Gerichtes nicht wichtig seien. Außerdem sei in der Verhandlung vom 28.02.84 schon eine Anzeige erfolgt und man sehe keine neue Veranlassung, dieses noch einmal zu tun.

Weitere Einzelheiten sind auch hier der türkischen Presse nicht zu entnehmen. Der Hungerstreik in Mamak, der am 24.02.84 begonnen wurde, dauert immer noch an. Bisher sind alle 1.500 Beteiligten immer noch im Hungerstreik. Es wurde gemeldet, daß Binyamin Inan ins Krankenhaus eingeliefert wurde und daß Murat Cankocak in Gefahr schwebt, sein Augenlicht zu verlieren (eigene Quellen).



NECMETTİN BÜYÜKKAYA

1943 - 23.1.1984

Seni, onurlu yaşamınla
hep anımsayacağız.

AİLESİ

IMPRESSUM

TÜRKEI-INFODIENST DER ALTERNATIVEN TÜRKEIHILFE
V.i.S.d.P. und Verleger: Michael Helweg, Postfach 70 88, 4900 Herford
Einzelpreis: 1,50 DM

Abonnement: 6 Monate: 20,- DM; 1 Jahr: 40,- DM

Kündigungsfrist: Spätestens 4 Wochen vor Ablauf des Abos. Wird das Abo nicht gekündigt, so verlängert es sich automatisch um den vereinbarten Zeitraum

Zahlungen nur nach Erhalt einer Rechnung auf eines der folgenden Konten:

Michael Helweg, Postscheckamt Hannover, Nr. 3981 01 - 304, BLZ: 250 100 30

Alternative Türkeihilfe, Kreissparkasse Herford - Bünde, Nr. 1 000 008 613, BLZ: 494 501 20

Der Türkei - Infodienst erscheint 14-tägig